

Danziger Zeitung.

No 17989.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Rethhergasse Nr. 4, und bei allen Kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gelappten gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1889.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Monza, 13. Novbr. (W. I.) Der Kaiser traf gestern Abend 9 Uhr 45 Min. hier ein und wurde von dem Könige, dem Kronprinzen und den Spitzen der Behörden am Bahnhofe empfangen. Die Monarchen umarmten sich auf das herzlichste; die Stadt war prächtig illuminiert und der Kaiser wurde enthusiastisch begrüßt. Am Abend fand sodann ein Familientiner statt.

Politische Uebersicht.

Danzig, 13. November.

Politische Vereinbarungen.

Zwar wird von verschiedenen Seiten fortgesetzt versichert, die Orientreise des Kaisers habe der politischen Bedeutung gänzlich entbehrt; aber die Beweise für das Gegentheil lassen sich dadurch nicht vermissen. Heute empfingen wir hierüber folgendes Telegramm:

London, 13. Novbr. (Privattelegramm.) Wie verlautet, wurde in Konstantinopel zwischen dem deutschen Kaiser und dem Sultan und in Budapest zwischen dem Grafen Kalnoky und Bismarck vereinbart, daß die Türkei und Oesterreich den Fürsten Ferdinand von Bulgarien auch weiterhin nicht anerkennen, wogegen Rußland sich verpflichtet habe, die bulgarische Frage nicht in den Vordergrund zu bringen, so lange im Fürstenthum die Ordnung erhalten bleibt.

Diese Abmachungen werden sicherlich im allgemeinen mit Genugthuung aufgenommen werden; nur an einer Stelle dürften sie Mißvergnügen erregen, nämlich in Sofia, wo sie einen argen Strich durch die Rechnung machen. Aus der gestern beschlossenen Adresse der bulgarischen Sobranie war herauszulesen, daß die Vertretung der bulgarischen Nation sich, wie sie sagt, der Hoffnung hingibt, daß die kaiserliche Nation, d. h. also die Türkei, die Initiative zu Schriften wegen der Anerkennung des Prinzen Ferdinand ergreifen werde. Hoffen steht jedem frei; aber daß die Türkei heute geneigter sein sollte, als vorher, an Rußland den Vorschlag zu richten, den Prinzen Ferdinand als Fürsten von Bulgarien anzuerkennen, davon konnte natürlich nicht die Rede sein und die obige Angabe bestätigt diese Auffassung. Vor Monaten hieß es einmal, die Bulgaren würden an irgend einem historischen Tage ihre Selbstständigkeit proclamiren, aber die Erfüllung der Prophezeiung ist noch bis heute ausgeblieben. Die Herren Bulgaren haben nachgerade auch die Notwendigkeit eingesehen, mit Wasser zu kochen. Dagegen ist an sich nichts einzuwenden, aber man würde der ruhigen und abwartenden Stellung der Regierung sympathischer gegenüberstehen, wenn dieselbe ein für allemal darauf verzichtete, von einer nationalen Entwicklung zu reden. An dem Haken der Nichtanerkennung des Prinzen Ferdinand seitens Rußlands hängt vorläufig die ganze Orientfrage. Der Friede ist so lange gesichert, als von keiner Seite der Versuch gemacht wird, diesen Haken in der einen oder anderen Weise zu lösen.

Der Termin der Reichstagswahl.

In Bezug auf den Wahltermin will man — schreibt die „Freie. Ztg.“ — wissen, daß Minister v. Bötticher von Friedrichsruh die Anweisung mitgebracht hat, alsbald die Behörden zur Aufstellung der Wählerlisten zu veranlassen, um demnächst mit der Offenlegung der Listen vorgehen zu können. Diese Offenlegung muß bekanntlich 4 Wochen vor dem Wahltermin beginnen.

Zur Frage des Reichsministeriums

Schreibt uns unser Berliner „Correspondent“: Die Erklärung, welche Minister v. Bötticher gestern bezüglich des Bismarckschen Projects eines besonderen verantwortlichen Reichsfinanzamtes abgegeben hat, wird nicht überraschen. Es wurde gleich am ersten Tage darauf aufmerksam gemacht, daß Herr v. Bismarck sich mit dieser Erklärung in einen Gegensatz nicht nur zu dem Herrn Reichskanzler, sondern auch zu den verbündeten Regierungen gestellt habe. Herr v. Bötticher hat freilich nicht gesagt, daß die Regierung den Bismarckschen Gedanken unbedingt ablehne, er hat nur hervorgehoben, daß kein Anlaß vorliege, zu einem solchen Vorschlag Stellung zu nehmen, so lange derselbe nur von einem Mitgliede des Reichstages befürwortet werde. Daß sich darin früher oder später etwas ändern könne, ist an sich nicht ausgeschlossen, aber daß die finanzielle Lage, wie sie einmal ist, auch durch die Einschaltung eines verantwortlichen Reichsfinanzministers nicht geändert werden könnte, darüber wird sich auch Herr v. Bismarck keine Illusionen hingeben. Beispielsweise waren gestern in der Budgetcommission bei der Beratung der Zölle und Verbrauchssteuern Mitglieder aller Parteien der Ansicht, daß die Zolleinnahmen in dem Etat, die bereits durch die wirkliche Zolleinnahme des vergangenen Jahres überholt sind, zu niedrig veranschlagt seien. Wenn man sonst wollte, hätte man durch Erhöhung der Ansätze wenigstens diesem offensbaren Mangel abhelfen können. Aber man weiß ja, daß die Regierung lieber einen Etat mit Ueberschüssen als einen balancirenden Etat sieht. Der nahe-liegende Ausweg, die Mehreinnahme aus den Zöllen im Laufe dieses Jahres, welche nun für ein halbes Jahr bereits feststehen, zu den Ausgaben für das nächste Jahr heranzuziehen, wurde zwar von einem Abgeordneten in Vorschlag gebracht, aber nach einem freundlichen Wink seitens

der Regierung wurde der Antrag, wie man sagt, bis auf weiteres wieder zurückgejogen.

Regelung des Binnenschiffahrtswesens.

Wie bekannt, ist die bereits früher von verschiedenen wirtschaftlichen Corporationen, u. a. vom deutschen Handelsstage, befürwortete reichsgesetzliche Regelung des Binnenschiffahrtswesens in letzter Zeit wieder von der Handelskammer zu Halberstadt in Anregung gebracht worden. Die Handelskammer hat eine diese Frage behandelnde Denkschrift dem preussischen Minister für Handel und Gewerbe überreicht. Im April 1874 hatte die Commission, welche Vorschläge über Plan und Methode für den Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuchs zu machen hatte, in ihrem an den Bundesrath erstatteten Gutachten unter den Rechtswissenschaften, die ihrer Ansicht nach der Neuordnung bedürften, auch das Binnenschiffahrtsrecht genannt, daselbst dem Handelsgesetzbuch als neuen Theil zugewiesen und es für gerathen erklärt, die Codification des Binnenschiffahrtsrechts gleichzeitig mit den Arbeiten über das bürgerliche Gesetzbuch in Angriff zu nehmen. Im Juni 1880 hatte das preussische Staatsministerium auf eine Eingabe des Vereins deutscher Stromschiffer einen Bescheid ertheilt, wonach die Revision des Handelsgesetzbuchs im Zusammenhange mit der Aufstellung des Entwurfs eines allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuchs erfolgen sollte, jedoch erst in Angriff genommen werden könnte, wenn die Arbeiten der zur Aufstellung dieses Entwurfs eingesetzten Commission zu einem gewissen Abschluß gelangen würden. Dasselbe war in dessen beabsichtigt, mit den Vorarbeiten zur gesetzlichen Regelung des Fluß- und Binnenschiffahrtsrechts schon vor der Revision des Handelsgesetzbuchs zu beginnen. Nach den Motiven zum vorliegenden Entwurf des bürgerlichen Gesetzbuchs steht es dahin, ob bei einer Revision des Handelsgesetzbuchs das Binnenschiffahrtsrecht in das Handelsgesetzbuch aufgenommen werden wird. Danach ist jedenfalls noch nicht entschieden, ob das Binnenschiffahrtsrecht die Form eines selbstständigen Specialgesetzes oder eines neuen Theiles des Handelsgesetzbuchs erhalten soll. Indessen ist diese Frage für die interessirten Kreise von geringerer Bedeutung. Sie wünschen lediglich die baldige Inangriffnahme der Arbeiten für die Schaffung eines einheitlichen umfassenden und abgeschlossenen Rechts für das deutsche Stromschiffahrtswesen, und die Handelskammer zu Halberstadt hat, wie gesagt, diesen Wunsch neuerdings wieder Ausdruck gegeben.

Die Lehrergehälter.

Eine Aufbesserung der Gehälter der Volksschullehrer ist — im Großherzogthum Hessen den Kammern im Jahre 1880 in einem Gesetzentwurf vorgelegt worden. Wenn die Gehaltsverhältnisse der Lehrer an den Volksschulen des Großherzogthums nach den Bestimmungen dieses Entwurfs Regelung finden, werden namentlich die Gehälter der Lehrer in den Landgemeinden im Vergleich mit den entsprechenden Gehältern in den anderen deutschen Staaten wohl als die günstigsten bezeichnet werden können. Während das Durchschnittsgehalt der Volksschullehrer in Preußen auch heute noch nicht über 900 Mk. wesentlich hinauskommt, und ein sehr großer Theil der selben lediglich auf den Minimalstellen verbleibt, bestimmt jener Gesetzentwurf, daß bei gewissenhafter und tadelloser Dienstführung jeder definitiv angestellte Lehrer an Volksschulen nach 5jähriger Dienstzeit ein Gehalt von 1000, nach 10jähriger ein solches von 1100, nach 15jähriger von 1250, nach 20jähriger von 1400, nach 25jähriger von 1500 und nach 30jähriger von 1600 Mk. beziehen soll. Dabei wird die Dienstzeit vom Tage der ersten dienstlichen Verwendung nach bestandener Prüfung an gerechnet.

Hoffentlich wird man sich bei uns in Preußen dieses anerkennenswerthen Vorgehens zu Gunsten der Volksschullehrer zum Vorbild dienen lassen und auch hier baldmöglichst auf entsprechende Gehaltsverbesserung der Lehrer Bedacht nehmen. Es erscheint dies um so dringender geboten, als die Volksschullehrer in Preußen ohnehin schon bezüglich ihrer Einkommensverhältnisse im ganzen erheblich zurückstehen gegen ihre Kollegen in vielen anderen deutschen Staaten, wie z. B. in Sachsen-Weimar, im Königreich Sachsen, im Großherzogthum Oldenburg, im Großherzogthum Baden u. a. Dasselbe gilt im Zusammenhange damit ebenso auch von dem Jahreseinkommen und mehr noch von der Wittwenversorgung der Volksschullehrer, die kaum in irgend einem anderen Staate so wenig genügend geregelt ist als gerade in Preußen.

Der präsumtive Thronfolger von Oesterreich-Ungarn.

Gelegentlich der jüngsten Anwesenheit des Erzherzogs Karl Ludwig kam ein Project zur Erörterung, welchem eine weittragende Bedeutung innewohnt. Es ist bekanntlich der innigste Wunsch des Königs, den präsumtiven Thronerben Franz Ferdinand mit den ungarischen Verhältnissen vertraut zu machen und ihn mit Ungarn eng zu verknüpfen. Aus zuverlässiger Quelle verlautet, es befehle allen Erstes das Project der Verlobung des Erzherzogs Franz Ferdinand mit der Tochter des Erzherzogs Josef, Erzherzogin Margarethe Clementine. Der Gedanke soll von allerhöchster Stelle ausgegangen sein, wo man es als eine glückliche Idee betrachtet, dem berechneten Herrscher Oesterreich-Ungarns eine Gemahlin an die Seite zu geben, die dank ihrer ungarischen Abstammung und Erziehung die herzlichsten Sympathien der ungarischen Nation bezieht. Ungarn erhele in ihr seine erste, im eigentlichen Sinne des Wortes, ungarische Königin.

Erzherzog Franz Ferdinand ist 26 Jahre, Erzherzogin Margarethe Clementine 19 Jahre alt. Letztere ist übrigens die Tochter einer älteren Schwester des Fürsten Ferdinand von Bulgarien, also die leibhaftige Nichte des letzteren. Die Familie jenes Erzherzogs Josef, der den Titel „Palatin von Ungarn“ führte, des Großvaters des Erzherzogs Franz Ferdinand, hat stets in Ungarn gelebt und gilt deshalb als vorzugsweise ungarisch.

Boulanger und die Kammer in Frankreich.

Der verbannte General ist noch immer guten Muthes. Er hat neuerdings von Jersy einen Aufruf an die französische Nation erlassen, in welchem es heißt:

Die Sache der Revision der Verfassung hat keine Niederlage, sondern nur einen Aufschub erlitten und ihr Sieg ist dadurch nur mehr gesichert. Die nationale Partei wird ohne Unterlaß den Kampf für die Befestigung der republikanischen Republik fortsetzen, welche Frankreich eine seiner Würde angemessene Stellung geben, den Frieden sichern und dem Lande die absolute Untauglichkeit des Parlamentarismus zeigen werde.

Vorausichtlich erzielt dieser Aufruf ebenso wenig Effect, wie die früheren. Das Parlament hat inzwischen seine Arbeiten begonnen. Bei der Wahl eines vorläufigen Präsidenten wurde Floquet mit 348 Stimmen bei 510 Abstimmen gewählt.

Zu Vizepräsidenten wurden Casimir Perier und Develle erkoren. Die Wahlen wurden von der Kammer sehr beifällig aufgenommen. Floquet sprach seinen Dank für die Wahl aus; sodann vertagte sich die Kammer bis Donnerstag zur Vor-nahme von Wahlprüfungen.

Am Ausgang der Deputirtenkammer kam es zu einzelnen Zwischenfällen, wobei Déroutelle verhaftet wurde. In der Rue Royale und auf dem Wege zur Post fanden im Laufe des gestrigen Nachmittags etwa 60 Verhaftungen statt, zumest von Personen, welche sich der Aufforderung zum Weitergehen widersetzten.

Ueber diese Vorgänge gingen uns heute ferner folgende Depeschen zu:

Paris, 13. November. (W. I.) Die Zahl der gestrigen Verhaftungen beträgt 158; davon wurden 60 aufrechterhalten. Unter den Verhafteten befindet sich auch der Anarchist Soudais. Déroutelle und Ossenon wurden Abends 9 Uhr wieder freigelassen.

Paris, 13. November. (Privattelegramm.) Auf Antrag des Bischofs Freppel werden in der heutigen Vollversammlung sämmtliche drei monarchischen Gruppen sich fusioniren.

Eine Abmachung zwischen Milan und der serbischen Regentkass.

Von einer hohen, mit der serbischen Regierung in nahen Beziehungen stehenden Persönlichkeit erhält die „Reichs-Corr.“ folgende authentische Mittheilungen über die zwischen König Milan und der serbischen Regentkass zu treffenden Abmachungen. König Milan erhält aus der Staatskass eine jährliche Apanage von 300 000 Gulden, verpflichtet sich aber nie wieder nach Serbien zurückzukehren und mit dem Sohne nur im Auslande zusammenzutreffen. Die Regentkass ihrerseits verpflichtet sich, die Königin Natalie durch ein eigenes Gefolge auszuweisen und Begegnungen mit dem Sohne von Zeit zu Zeit mit jedesmaliger Einwilligung König Milans im Auslande zu gestatten. Die radicale Partei soll bereits beschlossen haben, diesem Uebereinkommen in der Skupschtina gesetzliche Kraft zu verleihen.

Der serbisch-bulgarische Zwischenfall.

Die seitens der Behörden von Zaribrod über den gemeldeten Zwischenfall an der serbisch-bulgarischen Grenze angestellten Ermittlungen haben Folgendes ergeben: Ein serbischer Bauer hatte mit Schmuggelwaaren die bulgarische Grenze überschritten; die Zollwächter wollten sich der Waaren und des Trägers bemächtigen, derselbe ließ jedoch die Contrebande zurück und floh nach der serbischen Grenze zu. Ein Zollwächter schoß und verwundete den Bauern, welcher sodann nach Sofia ins Spital gebracht wurde. Die Sache ist, da es sich nur um eine gewöhnliche Zollangelegenheit handelt, den Gerichten übergeben.

Russische Truppenverschiebungen.

Wie der „Staaten-Corr.“ aus Krakau, 11. Nov., geschrieben wird, haben die russischen Truppenverschiebungen gegen die galizisch-österreichische und die preussische Grenze hin bis in die letzte Zeit fortgedauert. Hauptstädte sind es Cavallerie-Abtheilungen, durch welche die in Polen stehenden, schon im Frühjahr sehr ansehnliche Truppenmacht während des Sommers und Herbstes verstärkt wurde. Erst jetzt bei Anbruch der rauhen Jahreszeit wurden diese Truppen unterbrochen. Wie die große Menge von Mannschaften und Pferden während des Winters untergebracht und ernährt werden soll, ist militärischen Fachleuten ein Räthsel. Zwar sind im Laufe der letzten Jahre in Russisch-Polen, namentlich gegen die Grenze hin, an einzelnen Punkten Militärbaracken für Fuß- und berittene Truppen errichtet worden, doch vermögen dieselben kaum für ein Drittel der zusammengezogenen Streitkräfte die nöthige Unterkunft zu bieten. Es ist also nichts anderes denkbar, als daß die Truppen massenweise bei den Bürgern und Bauern einquartiert und auf die Naturalverpflegung angewiesen werden. Wie lange die ohnehin bereits stark ausgefogenen Provinzen diese Last ertragen werden, muß freilich dahingestellt bleiben.

Reichstag.

13. Sitzung vom 12. November.

Zweite Beratung des Etats für 1890/91. Bei dem Etat des Reichskanzlers und der Reichskassie bringt

Abg. Richter die Frage des Kaiser Wilhelm-Nationaldenkmals zur Sprache. Das Denkmal wird nicht von einem Fürsten dem anderen gesetzt, sondern die Anregung dazu ist aus der Initiative des Reichstages hervorgegangen. Bei der Entscheidung hat deshalb auch der Reichstag vor allem mitzureden. Meine Befriedigung hat es besonders erweckt, daß die Journale über die eingegangenen Pläne abgeurtheilt hat, ausgeräumt hat — mit allen phantastischen Ideen, welche ganze Straßenzüge, wie die Schloßfreiheit, haben befechten wollen. Jedenfalls ist durch die Entscheidungen der Journale die Sachlage in dieser Beziehung geklärt worden. Da ist von autoritativer Seite eine Reueherung erfolgt, welche sich auf ganz anderer Basis bewegt, als Reichstag und Regierungen bisher angenommen haben. Es ist die Schloßfreiheit als der allein geeignete Platz bezeichnet und es sind nur Bildhauer als solche genannt, die die Ausführung zu übernehmen haben. Damit würden diejenigen, welche die Preise davongetragen haben, leer ausgehen. Ich frage den Staatssecretär, wie sich die Sache jetzt verhält.

Staatssecretär v. Bötticher: Das Preisrichter-Collegium hat gewisse Mängel über seine Aufgabe hinausgegriffen, indem es auch die Platzfrage erörtert hat. Das Material, welches sich aus der Preisauschreibung ergibt, wird in einer den zuständigen Factoren, also auch dem Reichstage, zugehenden Vorlage verwertet werden.

Abg. Büchel (Antisemit) verbreitet sich über die Gemeinnützigkeit der Abjahlungsgeschäfte, die fast durchweg in den Händen der Juden seien. Das Geschäft sei nichts als ein Wucher. Er wünscht gesetzliche Regelung.

Staatssecretär v. Bötticher erwidert, die Regelung sei schwierig, da es auch vollkommen locale Abjahlungsgeschäfte giebt, z. B. beim Ankauf von Rähmaschinen.

Abg. Richter: Bei der ersten Beratung des Etats hat Hr. v. Bismarck die Frage eines selbstständigen verantwortlichen Reichsfinanzministers angeregt. Redner fragt an, wie der Reichskanzler darüber denke.

Staatssecretär v. Bötticher: Welche Stellung der Reichskanzler in dieser Frage einnimmt, ist mir nicht genau bekannt. Die Sache läuft auf eine Aenderung der Verfassung hinaus, und daher kommt es darauf an, welche Stellung die verbündeten Regierungen zu der Frage einnehmen. Diese haben aber keine Veranlassung gehabt, auf diese Frage einzugehen. Denn wir befinden uns in keinem Beschlusse des Reichstages gegenüber, sondern nur der gelegentlichen Anregung eines Abgeordneten.

Abg. Baumbach (freil.): Mir liegt daran, über das Schicksal des Entwurfs des bürgerlichen Gesetzbuchs etwas zu erfahren. Leider ist von dieser nationalen Aufgabe in diesem so besonders „nationalen“ Reichstage sehr wenig die Rede gewesen. Gegen diesen sind von vielen Seiten direct ablehnende Aeußerungen gelaufen worden, namentlich wegen des materiellen Inhalts. Gegenüber diesen abfälligen Kritiken, welche das bürgerliche Gesetzbuch von berufenster juristischer Seite, u. a. auch von Hrn. Gneist, erfahren hat, liegt doch die Frage nahe, ob es unseren Verhältnissen entspricht, das strenge römische Recht so ausschließlich vorherrschend zu lassen, wie es das bürgerliche Gesetzbuch will. Auf jeden Fall wäre es da angebracht, bald die Sache zum Abschluß zu bringen und an eine Fortsetzung der bisherigen Arbeit zu gehen, nicht aber, wie es die Absicht zu sein scheint, zu warten, bis der Streit der Germanisten und Romanisten beendet ist. Es ist doch gewiß ein berechtigter Wunsch, daß wir noch in diesem Jahrhundert zu der gemüthlichen Rechtsreinheit kommen, und das können wir nur bei baldigster Fortsetzung der begonnenen Arbeit. (Beifall links.)

Staatssecretär v. Bötticher: Auf die Vereinbarung der Romanisten und Germanisten werden die verbündeten Regierungen nicht warten, sondern vorgehen, um möglichst schnell mit der Gesetzgebung zu Stande zu kommen. Daß ein solches Werk recht lange Zeit braucht, ist nicht wunderbar. Das allgemeine Landrecht in Preußen hat vom ersten Federstrich bis zur Fertigstellung 45 Jahre gebraucht; wir werden hoffentlich schneller fertig, aber die Zeit kann ich nicht bestimmen, binnen welcher die Arbeit vollendet sein wird. In welcher Weise weitergearbeitet wird, kann ich Ihnen jetzt noch nicht sagen, die alte Commission ist nicht mehr zusammen, und voraussichtlich wird eine neue notwendig sein. Es steht indessen hierüber absolut nichts fest. Beschlüsse des Bundesraths konnten noch nicht gefaßt werden, weil zunächst die Aeußerungen der einzelnen Regierungen abgewartet werden müssen. Aus dem Inhalt derselben wird sich erst erkennen lassen, welchen Weg wir zunächst beschreiten müssen. (Beifall.)

Abg. Deichmayer (nat.-lib.) rügt Mißstände im gegenwärtigen Handelsgesetz und besonders im Actiengesetz, die es ermöglichen, daß die gegenwärtige Periode der Courssteigerung nicht mit Unrecht eine Schwundperiode genannt werden könne. Er frage daher an, ob ein Reueentwurf in Angriff genommen sei, um endlich den öffentlichen Credit in gesichertere Bahnen zu leiten.

Staatssecretär v. Bötticher: Gutachten über diese Materie sind eingefordert, dieselben lauten aber nicht alle auf die Abänderung des bestehenden Zustandes, sondern einige Handelskammern haben sich für die Beibehaltung des jetzigen Verhältnisses ausgesprochen.

Bei dem Etat des Reichsamts des Innern wünscht Abg. Dingens (Centr.), daß die Fabrik Inspectionen noch mehr für die Herstellung der Sonntagsruhe thäten.

74 Stimmen an. (W. I.)
Gräß (in Posen), 13. Nov. (Privattelegramm).
Bei der heutigen Erbschaftswahl im fünften Posen

